

Merseburger Kreisblatt



Abonnementspreis: Vierteljährlich bei den Ausbringern 1,80 Mk., in den Ausgabestellen 1 Mk., beim Postbezug 1,50 Mk., mit Postgebühren 1,92 Mk. Die einzelne Nummer wird mit 15 Pfg. berechnet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8^{1/2} bis 9 Uhr geöffnet. — Sprechstunde der Redaktion abends von 6^{1/2} bis 7 Uhr. — Telefonruf 274.

Insertionsgebühren: Für die 5 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 20 Pfg., für Verträge in Merseburg und Umgebend 10 Pfg., für periodische komplizierter Satz nach entsprechender Ermäßigung. Notizen und Reklamen außerhalb des Inlandanteils 40 Pfg. — Sämtliche Anzeigen-Bureaus nehmen Inserate entgegen. — Telefonruf 274.

Tageblatt für Stadt und Land

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Heine.

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokalnachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 8.

Freitag, den 10. Januar 1913.

153. Jahrgang.

Reichstag.

* Berlin, 8. Januar.

Im Reichstage stand heute die Interpellation der Sozialdemokraten über den Wagenmangel und die Verkehrsstörungen, die vor der Weihnachtspause nicht mehr zur Beseitigung gelang war, zur Verhandlung. Nachdem der Präsident Dr. Raempfer den Abgeordneten den üblichen Neujahrsgruß entboten und des verstorbenen Staatsfreiers v. Kiderlen-Wächter gedacht hatte, begründete Abg. König-Dortmund die Interpellation.

Nach Hinweis auf den noch jetzt anhaltenden Wagenmangel wandte sich der Redner bald von dem eigentlichen Thema ab und dem gegenwärtig, angesichts des in Berlin tagenden Parteitag der Sozialdemokratie, besonders aktuellen Thema der preussischen Wahlrechtsreform zu. Der sozialdemokratische Redner konstruierte die Sache so: An dem Wagenmangel sei nicht allein der preussische Eisenbahnminister schuldig, sondern auch das preussische Abgeordnetenhaus, das die Regierung nicht scharf genug kontrolliere; folglich müsse das Dreiklassenwahlrecht beseitigt werden, damit die Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses geändert und der Wiederkehr ähnlicher Missetände mit Sicherheit vorgebeugt werden könne. Man sieht, eine erstaunliche Logik und Beweisführung! Ein Bellacini ist gar nichts dagegen.

Solchen Ueberreibungen gegenüber hatte der Präsident des Reichs-Abgeordnetenhauses einen leichten Stand. Abgesehen davon, daß für ihn ein Eingehen in Einzelheiten nicht in Frage kommen konnte, weil es sich um eine rein preussische Angelegenheit handelt, konnte der Präsident dem sozialdemokratischen Redner entgegenhalten, daß das Unheil auch dann nicht beseitigt worden wäre, wenn die geforderte starke Personalermehrung stattgefunden hätte. Zunächst ist es überall anerkannt, daß die wirtschaftliche Grundlage, mit möglichst wenig Personal möglichst viel zu leisten. Selbstverständlich unter Vermeidung jeder Ueberlastung, daß aber eine solche nicht eintreten kann, dafür sorgen in der Staatsbahnverwaltung die Dienstvorschriften. Die Uebelstände, die zu den Beschwerden Anlaß gegeben haben, sind aber nicht eigentlich durch den Mangel an rollendem Material verursacht; waren doch die Bahnhöfe im Industriegebiet mit Wagen geradezu vollgepropiert, die nicht rechtzeitig abgefertigt werden konnten. Die eigentliche Ursache der Verkehrsstörungen war vielmehr der in ganz ungewöhnlichem Maße gestiegene Verkehr; der dadurch gegebenen Anforderun-

gen waren die Betriebseinrichtungen nicht gewachsen. Es ist indef durch mannigfache Maßnahmen, nicht zuletzt durch den dem preussischen Abgeordnetenhaus (eben zugegangenen Nachtragsetat für 1912) Sorge getragen, daß in Zukunft auch eine pflanzlich auftretende Verkehrssteigerung bewältigt werden kann.

In der Beseitigung der Interpellation erhob Abg. Vell gegen die Eisenbahnverwaltung den Vorwurf, sie sei nicht weitblickend genug gewesen, Abg. Schwabach behauptete die sozialen Schäden, die durch die mangelhaften Verkehrs- und Betriebsverhältnisse im Ruhrrevier entstanden seien und kritisierte die bisherigen Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung; er meinte, sie als unzureichend bezeichnen zu müssen.

Abgeordnetenhaus.

* Berlin, 8. Januar.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Finanzminister in üblicher Weise den Staatshaushaltsplan für 1913. Das Rechnungsjahr 1911 hat dank dem Aufschwung von Handel und Industrie sich finanziell weit günstiger gestaltet, als in dem mit strengster Sparjamkeit und großer Vorsicht aufgestellten Etat vorgegeben war. Statt des dort angenommenen Defizits von etwa 30 Millionen M ist ein Ueberschuß von 7^{1/2} Millionen erzielt und zugleich die Rücklage in den Ausgleichsfonds auf 163 Millionen erhöht worden. Auch das Jahr 1912 steht noch im Zeichen der Hochkonjunktur. Statt eines Fehlbetrages von 19 Millionen stellt es einen Ueberschuß in derselben Höhe und statt einer Rücklage in den Ausgleichsfonds von 57 Millionen eine solche von 150 Millionen in Aussicht. Der Nachtragsetat bewirkt, zunächst 60 Millionen für unauflösliche Verbesserungen der unter Betriebschwierigkeiten leidenden Eisenbahnanlagen bereitzustellen. Die Entnahme der Deduktion aus dem Ausgleichsfonds auf Grund des Gesetzes von 1903 redigiert sich, weil es sich durchweg um Bauausführungen handelt, die nach dem Abkommen von 1910 nicht auf Anleihen zu nehmen sind. Steuererlöszugabe könne den unteren Beamten aus zwingenden praktischen Gründen zwar nicht gewährt werden, aber es wird ihnen durch Erhöhung des Unterhaltungs- fonds um je 3 Millionen M für die Jahre 1912 und 1913 geholfen werden. Obwohl die Ernte vielfach enttäuscht hat, bietet aber der Etat von 1913 dank der Fortdauer der industriell, hochkonjunktur ein günstiges Bild; er balanciert zum ersten Male seit 1909, aber nur mit Hilfe der Steuerzulage. Diese können auch in der Folge nicht entbehrt werden, weil die Staatsausgaben stetig rasch steigen. Uebrigens ist unsere Schuldenlastung

sehr viel geringer als im Reich, die Vermehrung der Anleihen dagegen viel stärker. Die Tilgungszeit beträgt über 250 Jahre. Für die Eisenbahnschuld bietet das Extraordinarium zum Teil Erlass, für die anderen Schulden stehen fest ein solcher ganz. Für eine wirksame Verfertigung der Schuldentilgung muß daher spätestens zugleich mit der Neuregelung des Verhältnisses zu den Eisenbahnen geordert werden.

Nach diesen allgemeinen finanzpolitischen Ausführungen erläuterte der Finanzminister unter anderem auch die Einzelheiten des Etats. Er hob dabei unter anderem auch hervor, daß jetzt die Steuern einen größeren Teil der Staatsausgaben decken als die Betriebsverwaltungen. Der Betriebseffizient der Eisenbahnen ist mit über 68 Proz. etwas höher angelegt; der Ausgleichsfonds wird Ende 1913 einen Bestand von 375 Millionen erreichen; von diesen sind 200 Millionen bereits der Seehandlung überwiehen. So dient der Fonds zur Entlastung des Geldmarktes und als Reserve für den Kriegsfall. 263 Millionen, davon 173 Millionen aus Anleihe, sollen zur Neubehaffung für den Fuhrpark der Eisenbahnen verwendet werden. Die Staatsverwaltungsansgaben sind im ganzen um mehr als 24 Millionen höher angelegt, darunter über 17 Millionen bawern- de Ausgaben, zum beträchtlichen Teil solche auf Grund gesetzlicher Verpflichtung. Wie den Unterbeamten, soll auch den öffentlichen Verpfändern durch wirksame Erhöhung der Unterhaltungs- gehöfen werden. Schließlich wurde an der Hand der weiteren Etats nachgewiesen, daß auch im Jahre 1913 durchweg für die Betriebsführung vorhandener Kulturbedürfnisse reichlich georgt ist. Der Etat für 1913 liefern den betriebligen Beweis, daß das Finanzprogramm von 1908 und die Eisenbahnvereinbarung von 1910 sich voll bewährt haben. Deshalb kann aber doch auf die Steuerzulage im Interesse des Gleichgewichtes des Staatshaushalts nicht verzichtet werden, denn auf gute Jahre können auch wieder schlechte folgen. (Lebhafter Beif.) — Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr: Erste Lesung von Etat und Nachtragsetat.

Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages.

Berlin, 8. Jan. Der sozialdemokratische Parteitag für Preußen nahm heute bezüglich der Landtagswahlen folgende Beschlüsse an: In allen Wahlkreisen, in denen dies möglich ist, werden selbständige Wahlmänner aufgestellt. In den Wahlkreisen, in denen dies nicht möglich ist, wird für diejenigen bürgerlichen Wahlmänner gestimmt, die das Verprechen abgeben, daß sie nur solche Kandidaten wählen werden, die für Ueber-

Schwester Carmen.

Roman von Elisabeth Vorhant.

Man scharte sich um ihn, und bald war er von einem großen Kreis umgeben, aus dem jeder zu Worte kommen und von ihm beachtet sein wollte. Frau Geheimrat Rudloff hätte ihn am liebsten gänzlich mit Beschlag belegt, und verwarf darüber, daß sie um die Gelegenheit, ihre Novelle vorzulesen, gekommen war.

Carmen hatte sich etwas in den Hintergrund zurückgezogen. Sie verspürte ein leichtes Unbehagen und wußte nicht, welchen Motiven es entsprang. Ein Bekanntheit oder gar Schmelzen wegen des heutigen Auftritts mit ihm zu zeigen, lag ihr fern, wenn sie sich im tiefsten Herzensgrund auch nicht ganz frei davon fühlte. Auch der erste Schreck, daß er sie in Kreise der jungen Herren plaudern und lachen gesehen, war längst verfliegen und hatte einer Art Trost Platz gemacht. Seine Gegenwart hatte nun einmal etwas Bedrückendes für sie, wenn er augenscheinlich auch nicht die geringste Notiz von ihr nahm.

So lieb ihr dieses Nichtbeachtetwerden einerseits war, so verteilte es sie doch. Wenn sie auch in gewissem Sinne in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihm stand, so war er ihr doch außerhalb des Berufs gesellschaftliche Rückstuf schuldig. Sie war zu sehr daran gewöhnt, um den Mangel nicht bitter zu empfinden.

Daß sie in diesem Empfinden ungerade urteilte, beachte sie nicht. Die anderen drängten sich eben in seine Nähe, während sie sich hoch zurückhielt.

Die lustige Stimmung war ihr verfliegen; sie sah, ohne sich an der allgemeinen Unterhaltung zu beteiligen, mit ihrem eigenen Gedanken beschäftigt, außerhalb des großen Kreises. Da zog jemand einen Stuhl an ihre Seite. Ein umwendend gewahrte sie Ezzenzen von Poser, der sich

mit der Frage, ob sie gefasste, neben ihr niedersaß und sogleich mit ihr zu plaudern begann.

Sie war dem alten Herrn noch nie so zugetan gewesen, wie in dem Augenblick. Seine ritterliche Zuvorkommenheit gab ihr die Sicherheit und Stimmung zurück, und sie unterließ sich so lebhaft und unbesorgen mit ihm, als wenn es keinen Hartungen im Zimmer gäbe.

Nach etwa einer Stunde verabschiedete Hartungen sich wieder, wie bei seinem Eintritt nach allen Seiten grüßend, ohne jemand speziell zu beozugnen oder ihm gar die Hand zu reichen.

Eine gehobene Stimmung blieb unter den Gästen zurück.

„Daß dieser interessante Mann nicht wieder heiratet!“ ließ sich jetzt die breite Stimme der jungen blonden Amerikanerin, Miß Ethel, vernehmen.

„Er wird haben zu sehr geliebt seine erste Frau, um ihr zu geben eine Nachfolgerin“, setzte Mr. Bobbins die Rede seiner Schwester fort.

„Und manch eine möchte doch gern Frau Professor von Hartungen werden“, warf Fräulein Stein mit einem kleinen boshaften Seitenblick auf Gerda Dietrich dazwischen.

Alle lachten.

„Es wäre für sein Töchterchen jedenfalls besser, er verheiratete sich wieder“, lenkte Frau Körner ab. Sie zeigte sich gern als die allezeit Liebenswürdige und human Denkende, die Angegriffenen in Schutz Nehmende, wofür sie von Unerfahrenen auch gehalten wurde. Die weiltunge Frau unter dieser Maske entbeden nun weig.

„Das arme Dingchen muß sich in Pensionen herumschlagen und hat kein rechtes Elternhaus“, fuhr sie fort, „dann im Sanatorium ist kein geeigneter Aufenthalt für ein Kind, zumal es hier sonst keine Kinder gibt.“

„So? Ein Kind hat er? Wie alt ist es? Wo lebt es? Und woher wissen Sie das?“ So schwirrte es jetzt bunt durchein-

Die meisten hatten von diesem Kinde noch nichts gehört, und es interessierte besonders die Damen, etwas Näheres von ihm zu erfahren.

„Es ist in einer Genfer Pension untergebracht, wie ich hörte,“ sagte Frau Körner, und fühlte sich in dem Bewußtsein, mehr zu wissen als die anderen, „es ist acht Jahre alt, und in den Ferien besucht es seinen Vater. Nicht wahr Frau Behrend?“ wandte sie sich an die Hausdame. „Sie wissen das jedenfalls besser, da Sie schon so lange hier sind.“

(Fortsetzung folgt.)

Füssen (Bayern), 8. Jan. Konfursverwalter ist über den Bankier Altag verhängt worden. Zum Konfursverwalter wurde Rechtsanwalt Seelich in Füssen bestellt. Wie man hört, ist vordaher noch kein Lieberblick über die Lage des Geschäftes möglich, da die Bücher schon seit längerer Zeit unordentlich geführt worden sind. Auch die Depotunterhaltungen sollen auf mehrere Jahre zurückfallen. Die Situation wird hier allgemein wenig günstig beurteilt angesichts der Tatsache, daß die Deposits fast ganz verloren sein sollen, und Altag weder selbst vermögend ist noch möglicherweise Angehörige besitzt. Die Höhe der Verluste einzelner Privatleute soll bis 40 000 und 60 000 M gehen.

München, 8. Jan. Am Montag vermittelte für die verheiratete Steinbrücker Karl Miesels von der Schwarzreiterstraße nach Süden etwa 400 Meter ab und erlitt tödliche Verletzungen. Ein Begleiter brachte die Nachricht von dem Unglück nach Fall, von wo sofort drei Hofjagdschützen ausbrachen, um den Verunglückten zu bergen. Sie fanden ihn noch lebend auf, doch mit so schweren Verletzungen, daß er auf dem Transport verstarb.

Hamburg, 8. Jan. Der Dampfer „Hofecrans“ ein früheres Armeetransportschiff, ist vom Orkan bei Alster-Orkan auf einen Felsen gerieben und zertrümmert. Von der Besatzung sind 33 Mann umgekommen. Drei Ueberlebende hängen noch in den Masten, doch scheint die Rettung unmöglich.

Hamburg, 8. Jan. Auf dem Wege von Berlin nach Hamburg ist eine Kiste mit 100 000 M geprägtem Golde verlohren worden. Das Geld sollte per Dampfer nach Rio de Janeiro geschickt werden. Bis jetzt sind keine Einzelheiten über den Diebstahl bekannt. Wird nachträglich widerrufen. (Die Red.)

„Uebrigens“ antwortete Frau Behrend zurückhaltend. „Ich bin seit drei Jahren, als der Herr Professor das Sanatorium hier übernahm, bei ihm.“

tragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen stimmen werden. Bei Stichwahlen verlangt die Sozialdemokratie, wenn sie den Ausschlag gibt, die Abtretung eines Mandats. Wird dies bewilligt, so stimmen die sozialdemokratischen Wahlmänner schon im ersten Wahlgang außer für den sozialdemokratischen Kandidaten für die Kandidaten der betreffenden bürgerlichen Parteien. Wird die Abtretung nicht bewilligt, so stimmen die Sozialdemokraten im ersten Wahlgang nur für ihren Kandidaten und enthalten sich bei der Stichwahl der Stimme.

Eine neue Militärvorlage?

Die „Post“ bringt die Aufsehen erregende Meldung, daß die Regierung dem Reichstag in nächster Zeit eine neue Militärvorlage zugehen lassen wird, in der alle Lücken ausgefüllt werden sollen, die die letzte Militärvorlage noch offen ließ. Die Meldung, die sich auf eine hohe militärische Seite bezieht, hat folgenden Wortlaut:

„Eine neue Militärvorlage wird in nächster Zeit, voraussichtlich noch im Monat Januar, dem Reichstage vorgelegt werden. Sie ist bestimmt, alle Lücken auszufüllen, die die letzte Militärvorlage noch hat bestehen lassen. Vor allen Dingen wird die Stärke der Kompagnien so bedeutend erhöht werden, daß sie allen Anforderungen gewachsen ist und eine vorzügliche Ausbildung der Leute gewährleistet wird. Außerdem werden die bestehenden dritten Bataillone nachgefordert, die Kavalleriebrigaden schon im Frieden aufgestellt und die Ersatzreserven wie früher zu einer Ausbildung mit der Waffe überführt. Die bereits bei einigen Armeekorps bestehenden, über die Normalzahl hinausgehenden Brigaden und Regimenter sollen zu einem neuen Armeekorps zusammengefaßt werden. Auch den Wünschen der Artillerie nach höherer Bespannung usw. wird durchs Rechnung getragen werden.“

Wenn die Meldung der „Post“ sich bewahrheitet, so würden damit in der Tat die von den verschiedenen Seiten empfundenen Lücken größtenteils ausgefüllt. Wir vermessen in der Meldung einen Postus über die beschleunigte Auffstellung der Maschinenregimentkompagnien. Erstreckt sich es besonders, daß das dringend notwendige Geleze noch so rechtzeitig eintreffen sollte, daß unsere Armee vor dem Regierungsüberfall des Kaisers völlig instand gesetzt ist, und die Klagen über eine lächerliche Rüstung Deutschlands, die nicht gerade unserem Ansehen im Ausland dienen, aufgehört haben werden.

Vom Balkan.

London, 9. Jan. Dem Reuterschen Bureau wird aus Konstantinopel gemeldet: Nach den letzten Mitteilungen hat England den Mächten den Vorschlag gemacht, daß Adrianopel der Türkei erhalten bleiben soll unter der Voraussetzung, daß die Festungswerte geschleift und verschiedene andere Befestigungen wirtschaftlicher Art aufgerichtet werden. Der Vorschlag hat gute Aussicht auf Annahme.

Berlin, 8. Jan. Die Vermittlung der Mächte wird, um einen Wiederausbruch des Krieges zu verhindern, in allerhöchster Zeit und so nachdrücklich wie möglich erfolgen müssen. Zu diesem Zweck wird in Konstantinopel ein kollektivschritt das geeignetste Mittel sein. Sämtliche Mächte haben ihm auch schon zugestimmt. Auf die Balkanstaaten wird durch Vermittlung der Botschafterkonferenz in London in friedlichem Sinne eingewirkt werden.

London, 8. Jan. Die Vertreter der serbischen Regierung erklären heute, daß Serbien bereit sei, im Interesse des Friedens und der allgemeinen Gesamtheit von Europa einen Beweis seines rückhaltlosen Entgegenkommens zu geben: Serbien werde unmittelbar nach dem Friedensschlusse seine sämtlichen Truppen von der Küste des Adriatischen Meeres zurückziehen. Die serbische Regierung hoffe jedoch, indem sie das tue, die Mächte ohne jede Ausnahme von der Güte ihrer handlungsweise zu überzeugen, so daß die Mächte nicht etwa einen Druck gegen die berechtigten Ansprüche des siegreichen Landes ausüben würden.

Ein neues Lob der Kruppischen Geschäfte.

Wien, 7. Jan. Die „Reichspost“ meldet aus Belgrad: Die in Kragujevac abgeschalteten Schießbänken mit den den Türken abgenommenen Kruppischen Kanonen ergaben überraschende Resultate. Die Kruppischen Kanonen sind vorzüglich und die Munition ist ausgezeichnet. Die Fachleute können sich nicht erklären, wie es kam, daß die türkische Artillerie so erfolglos die serbischen Truppen beschloß. Man nimmt an, daß die Geschosse „tempiert“, d. h. die Zeitänder nicht richtig eingestellt waren.

Rücktritt des russischen Kriegsministers!

Paris, 8. Jan. Verschiedene Telegramme aus Petersburg bestätigen das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt des russischen Generals Studomilow. Danach hat der General vor seiner Abreise zu der Feier in Leipzig dem Zaren seine Demission unterbreitet. Studomilow begründet sein Entlassungsgesuch mit dem schwankenden Gesundheitszustand seiner Frau, die sich ständig im milden Klima an der Riviera aufhalten müsse. Der Kriegsminister dürfte, wie in Petersburg hohen Kreisen verlautet, nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren.

Deutsches Reich.

Berlin, 8. Jan. (Hofnachrichten.) Se. Maj. der Kaiser wohnte heute vormittag bei Falkenberg dem des Scharfschützen des 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments bei.

In Berlin sind 3000 geforene Hammel aus dem Auslande angekommen. Behördenseitens werden der Einfuhr geforener Hammel keine Schwierigkeiten bereitet.

Stuttgart, 9. Jan. Gestern starb hier im Alter von nahezu 55 Jahren der bekannte konfessionale Politiker und frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete Schrempf.

Gagen, 8. Jan. Oberbürgermeister Cuno, der bekannte völkerverfeindliche Parlamentarier, hat, da bei der Neuwahl des Oberbürgermeisters eine starke Minderheit gegen seine Wiederwahl war, heute den zweiten Bürgermeister benachrichtigt, daß die Stadverordneten mit ihm in Unterhandlungen treten möchten wegen seiner Verlegung in den Ruhestand.

Provinz und Umgegend.

Halle, 7. Jan. Großes Aufsehen erregt hier die plötzliche Verhaftung des Baumeisters und Architekten William Pfeiffer, der

in Halle und in den Nachbarstädten Prachtbauten in großer Anzahl ausgeführt hat. Gleichzeitig mit ihm wurde auch sein Buchhalter verhaftet. Der Verhaftung liegt folgende Vorgeschichte zu Grunde: Der Baumeister stand in engen Geschäftsverbindungen mit einem gewissen Becker, der heute Pilot und Besitzer einer Flugmaschine ist, früher aber Inhaber der Kneipe „Am frühen Brunnen“ war. An dieser Kneipe lernten der Baumeister Pfeiffer und Becker einen Herrn Banderich kennen, der seinem Auftreten nach sehr reich sein mußte und von dem auch heute noch behauptet wird, daß sein Vermögen einige Hunderttausend M groß sei. Banderich war ein Becker Gefallen. Durch die Hilfe Banderich wurde es Becker ermöglicht, die Maschinen aufzugeben und seinen Lieblingsplan, einen Flugzeug-Maschinenbau zu errichten, durchzuführen. Banderich wurde der stille Teilhaber Beckers, das Geschäft glückte aber nicht und Banderich mußte fortwährend neue Geldmittel geben. Als Banderich schon viele Tausende an die Ideen Beckers geböhnt hatte, trat der Baumeister Pfeiffer mit einer Forderung von 25 000 M an Banderich heran mit der Behauptung, er habe diese Forderung an Becker zu stellen und für diesen habe Banderich gut gesagt. Banderich bestritt, daß die Forderung zu Recht bestehe, sowohl wie die Behauptung, daß er für den Betrag gut gesagt habe. Es begann ein langwieriger Prozeß, in dem der Buchhalter Pfeiffers auf die Veranlassung seines Brotagers hin eidlich ausagte, daß Pfeiffer dem Becker wirklich Werte im Betrag von 25 000 M übermittle habe. Vor kurzem überwarf sich der Baumeister mit seinem Buchhalter und entließ ihn. Der Buchhalter trat nun an die Defensivlinie und erklärte, die Forderung Pfeiffers sei ein Schwindel. Daraufhin wurde Pfeiffer wegen des Verdachts der Verleitung zum Meineid, der Buchhalter wegen Verdachts der Abgabe einer offensichtlich falschen eidstattlichen Versicherung verhaftet.

Halle, 8. Jan. Am Sonnabend fand die landespolitische Prüfung des von der Stadtgemeinde Halle zur Genehmigung vorgelegten Planes für die elektrische Straßenbahn von Halle über Büschdorf nach Schönewitz durch die Kommissare des Kgl. Regierungspräsidenten zu Merseburg und der Kgl. Eisenbahndirektion zu Halle statt. Der von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft aus rechtlichen Gründen erhobene Einspruch wurde als unbegründet zurückgewiesen, weil die Angelegenheit in allen Verwaltungsinstanzen endgültig zugunsten der Stadt Halle entschieden sei, und ein etwaiger privatrechtlicher Anspruch der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft gegen die Gemeinde Büschdorf die Genehmigung des Projektes durch die Verwaltungsbehörde nicht aufhalten könne. Die bei der Befichtigung der Strecke durch die Kommissare sich ergebenden Bedenken technischer Natur waren von so geringer Bedeutung, daß ihre Beilegung durch die Beteiligten sofort zugestimmt werden konnte. Die Ausfertigung der Genehmigung durch die zuständigen Behörden dürfte alsbald erfolgen.

Halle, 8. Jan. Dem Abgeordnetenhaus ist jenen der Eit zugegangen. Der Etat der Justizverwaltung sieht unter einmalige außerordentliche Ausgaben für den Neubau eines amtsgerichtlichen Geschäfts- und Gefängnisgebäudes in Jena eine erste Rate von 80 000 M, für den Neubau eines Geschäftsgebäudes für das Oberlandesgericht in Naumburg a. S. eine erste Rate von 150 000 M und für den Ankauf eines Bauplatzes zum Neubau eines Geschäftsgebäudes für das Amtsgericht in Zeitz 31 500 M vor.

Gröbzig, 8. Jan. In der Nähe von Gröbzig wurden gestern mehrere Skelette blogelegt, die über 2000 Jahre im Uferlande der Fuhe ruhen und nur mit 1/2 Meter Humus bedeckt sind. Am mittags 1,47 Uhr von Göthen mit der Bahn nach Gröbzig fährt und auf guter Landstraße ca. 15 Minuten nach Werdershausen geht, wird hinter dieser Orte hinter einer großen Sandgrube in der Gärtnerlei Sesse die jetzt gerade vom Oberlande befreiten Skelette sehen. Bisher ist eine ganze Familie, bestehend aus Eltern und einem 8-10 jährigen Kind, ein 2 Meter langer Germane, ersterer in zur Seite liegender Hoderstellung, gefunden. Gestern wurde ein langgestrecktes Skelet blogelegt mit zierlichen glatten Urnen, Knöcheln und Eisentellern enthalten. In der Mitte zur linken Hand lag eine gut erhaltene Fibel aus Bronze. Vermutlich liegen noch mehr Skelette in dieser Gegend. Der Saalewinkel, der durch den Fußneumpf abgeschlossen wurde, ist bekanntlich eine berühmte Gegend für prähistorische Funde.

Local.

* Merseburg, 9. Jan.

Telephonisches. Merseburg ist zum Sprechverkehr zugelassen mit Tann (Rhingebirge), Silber und Fulda.

Esfer-Saale-Kanal. Unter dieser Spitzmarke wird der „Saalezeitung“ von hier unterm 8. r. geschrieben: „Am Montag war Abg. Delius-Halle einer Einladung führender Herren der Vereine zur Förderung des Esfer-Saale-Kanals und des Bahnbauwes Merseburg-Leipzig hierher gefolgt. Bis kurz vor Leipzig wurde die Kanal- und Bahntirace besprochen. Abg. Delius vertrat, daß die Förderung des Kanalbaues und für den Weiterbau der Eisenbahn von Jöthen nach Leipzig einzutreten.“ Es ist sehr bemerkenswert, daß der Abgeordnete Herr Delius sich für die Interessen der Einwohner des Kreises Merseburg einsetzt, und es wäre mit größter Freude zu begrüßen, wenn greifbare Resultate nach beiden Richtungen hin erzielt würden, die Berechtigte aber erfordert es, stark zu betonen, daß in seiner Eigenschaft als Landrat herr Graf v. Hausnoville sich schon vor mehr als 10 Jahren für einen Esfer-Kanal (Projekt Heffaveldt u. Contag) eingesetzt, daß er ferner als Landtags-Abgeordneter für das Bahnpjekt Merseburg-Jöthen in der Ministerial-Anstanz schließlich das erreicht hat, was wir bisher überhaupt haben erreichen können, und daß auch die Landtags-Abgeordneten v. Gellendorf und der verstorbenen Neubach sich große Mühe gegeben haben, das Bahn-Projekt von der Stelle zu bringen. Gedankt sei allen, die sich früher bemüht haben und die sich jetzt bemühen, neben dem Dank besteht der Wunsch, daß etwas Greifbares recht bald zustande kommen möge.

Geflügelmarkt. Renner und Freunde der Geflügelzucht werden darauf aufmerksam gemacht, daß vom 11.—13. d. M. in

den Räumen des Stranßhofbüchens eine Geflügelzucht abgehalten wird, veranstaltet vom hiesigen Geflügelzüchterein, der trotz seines kurzen Bestehens schon 120 Mitglieder zählt. Es wird manches Gute zu sehen sein und jeder Besucher wird auf seine Kosten kommen. Auf bestimmte Nummern der Eintrittskarten sind Preise gesetzt, die in frischen Eiern und gutem Ausgefäglich bestehen. Der Eintrittspreis ist sehr gering, am Sonnabend beträgt er 50 Pf., an den beiden folgenden Tagen 30 Pf. Eine Konferenz zur Zigeunerfrage. Im Regierungsgebäude zu Kassel fand gestern auf Veranlassung des Ministeriums des Innern wegen der Zigeunerfrage eine Konferenz statt, an der der Oberpräsident von Hessen-Nassau Hengstenberg (Vorsitzender), Regierungspräsident Graf Bernsdorff in Kassel, Vizepräsident Freiherr von Dallwitz und Vertreter der Regierungen zu Merseburg und Erfurt teilnahmen. Die Verhandlungen waren nicht öffentlich, doch erfahren wir zuverlässig, daß ein reger Gedankenaustausch über das Ueberhandnehmen des Zigeunerwesens stattfand. Die preussische Regierung wird sich mit den Regierungen anderer Bundesstaaten ins Einvernehmen setzen, um über Maßnahmen gegen das Zigeunerwesen zu beraten.

Für Lehrer. Die „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben: Der Kultusminister hat die nachgeordneten Stellen aufgefördert, bei sich bietender Gelegenheit geeignete Lehrer zur Meldung für den Dienst an deutschen Auslandsschulen anzuregen. Für Lehrerstellen an deutschen Auslandsschulen kommen, soweit sie durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes besetzt werden, nur solche Lehrer in Frage, die völlig gesund sind, im inländischen öffentlichen Schuldienste stehen, sich beiden Lehrereprüfungen mit gutem Erfolge unterzogen haben und nach ihrer ganzen Persönlichkeit zur Verwendung im Ausland geeignet erscheinen. Sie müssen außerdem ihrer militärischen Dienstpflicht genügt haben oder von der Ableistung des Dienstjahres entbunden worden sein. Sprachkenntnisse sind erwünscht aber nicht Bedingung. Verheiratete Lehrer und solche, die über 30 Jahre alt sind, haben Aussicht auf Verwendung im allgemeinen nur dann, wenn sie eine weitgehende Prüfung (Mittelschullehrer-, Reallehrer-, Referendarprüfung oder dgl.) abgelegt haben. Die deutschen Auslandsschulen außerhalb der deutschen Schutzgebiete sind keine Reichs- oder Regierungsschulen, sondern Gründungen deutscher Schulgemeinden, Schulvereine oder Kirchengemeinden im Ausland. Die Schulangelegenheiten werden nach Maßgabe der Satzungen dieser Gemeinden oder Vereine von dem Gemeinde- oder Vereinsvorstand selbständig verwalte. Durch eine Anstellung an einer deutschen Auslandsschule tritt ein Lehrer mithin nicht in den Reichsdienst, sondern in den Dienst der Schule unterhaltenen Gemeinde oder Vereinigung. Die Anstellungsverträge werden daher von den Lehrern auch nicht mit dem Auswärtigen Amte, sondern unter Vermittlung des Auswärtigen Amtes mit den Schulvorständen abgeschlossen. Die Pflichten der Lehrer an deutschen Auslandsschulen sind im allgemeinen dieselben wie im Inland (28 bis 30 Unterrichtsstunden wöchentlich, Besichtigung der Schüler in den Pausen sowie vor Beginn und nach Schluß des Unterrichts, Teilnahme und Mitarbeit an den Konferenzen, Schülerausfähren, Schulfestern und dergl.). Es wird aber erwartet, daß sich der Lehrer auch über den Rahmen seiner Schularbeit hinaus bei sich bietender Gelegenheit als Förderer des Deutschturns betätigt. Die Dauer der Verpflichtung beträgt im allgemeinen für überseefische Schulen vier, sonst drei Jahre. Die Lehrergelöhner an den deutschen Auslandsschulen sind je nach den Lebensverhältnissen der Schulkorte sehr verschieden, können aber im allgemeinen als ausreichend und angemessen bezehnet werden. Dagegen gestalten sie in der Regel nicht, größere Erpaarnisse zu machen. Bestimmte Angaben über die Höhe des Gehaltes werden erst dann mitgeteilt, wenn ein vorgemerkter Lehrer auf eine freie Stelle aufmerksam gemacht wird. Das Wohnungsgeld pflegt im Gehalt einbezogen zu sein; bisweilen wird auch freie Wohnung gewährt.

Elektrizitäts-Wert.

Auf die Gefahr des Borwurfs hin, daß das Kreisblatt städtische Interessen gefährde, möge nachstehendem Artikel Aufmerksamkeit gewährt werden:

Wie hoch die Anleihe sein wird, welche die Stadt aufzunehmen haben wird, um die Anlagen für ein Elektrizitätswerk auf Grund des Gutachtens des Herrn Pfingstner zu errichten, steht in der Defensivlinie nicht fest, gehört hat man von 160 000 M und davon, daß die Stadt für Verzinsung und Amortisation jährlich rund 12 000 M aufwenden und in den ersten drei Jahren einen Ueberfluß schwerlich erzielen würde. Ob dies so zutreffen wird, läßt sich nicht so sagen, trifft es zu, so ist es mit der anzugehenden Summe gegangen, wie mit manchen anderen Dingen, worüber man sich in den letzten Jahren in der Bürgerschaft — in dieser, nicht im „Kreisblatt!“ — beklagt hat, daß man nämlich erst im letzten Augenblick etwas darüber erfährt. Selbst im Stadtvorordneten-Kollegium ist vor etwa zwei Jahren der Wunsch laut geworden, man möge doch dafür sorgen, daß Dinge von Wichtigkeit, bei denen es sich eventuell um größere Summen handelt, einige Zeit vorher zur Kenntnis der Bürgerschaft gebracht werden möchten.

Nun aber liegen wegen der neuen Elektrizitäts-Anlage die Beschlüsse des Magistrats und der Stadtvorordneten vor, es ist gar nichts mehr daran zu ändern, wir müssen es hinnehmen, wie es ist, und trotzdem eine nachträgliche Beschlepfung, eben auf Grund der gefassten Beschlüsse, ganz überflüssig erscheinen mag, soll die doch nicht unterbleiben.

Man ist städtischerseits mit Recht davon ausgegangen, daß es in Zukunft darauf ankomme, den Konjumenten elektrischen Stroms diesen so billig als möglich zu liefern. Der Nicht-Konjument legt natürlich voraus, daß die Konjumenten ihren billigen Strom selber bezahlen und daß die Stadt keine Zuschüsse leisten, um den Strom möglichst billig in die Hände des Konjumenten gelangen zu lassen.

Ueber diesen Kardinalpunkt, ob die Stadt jährlich mehrere tausend Mark zuzieht, um den Strom billig herzustellen, bzw. an die Konjumenten abzugeben, ist man bisher in den

Bürgerchaft im Unklaren, und doch würde es für Viele von Interesse sein, darüber etwas Näheres zu erfahren. Daß durch Aufstellung der Umformer-Häuschen und der Maschinen in den Straßen das Städtelbild nicht gemindert wird, ist klar, die Erklärungen beider Sachverständigen, das Städtelbild werde dadurch nicht alteriert, vermögen nicht jedermann eines anderen zu überzeugen, so etwas wird individuell empfunden. So zweifelslos es erscheinen mag, heute noch die Frage aufzuwerfen, ob es nicht ratsamer gewesen wäre, mit der AEG. einen neuen Vertrag auf eine längere Reihe von Jahren abzuschließen, so mag es trotzdem geschehen. Würde sich die Stadt pro Jahr entweder eine feste Abgabe oder einen Prozentsatz vom Brutto-Umsatz ausbedingen haben, so müßten wir nur ein unterirdisches Kabel erhalten haben, denn das Städtelbild, man mag sagen, was man will, wird durch Aufstellung der Häuschen, so altiert. Das ist aber, noch nicht einmal das Ausschlaggebende, sondern die finanzielle Seite. Es wird wohl als sicher hingenommen werden dürfen, daß bei einem Vertragsabschluss mit der AEG., zumal auf eine längere Reihe von Jahren die Stadt, unbedingt sicher, die Empfangende, nicht die Gebende gewesen wäre. Ob sie so, wie die Dinge sich nunmehr voraussichtlich gestalten werden, auch schon sehr bald die Empfangende sein wird, ist zum mindesten zweifelhaft.

Das Einzige, was zu Gunsten des jetzt geschlossenen Zustandes vorgebracht werden kann, ist, daß die Stadt als Bezieherin den Strom von der Zentrale Saalfreis-Bitterfeld billiger bekommen wird, als sie ihn von der AEG. bekommen hätte. Würde sie mit letzterer einen neuen Vertrag eingegangen sein, so hätte sie sich allerdings um gar nichts weiter zu kümmern brauchen, als um Einzahlung der Geschäftsbücher der AEG. und um Vereinbarung ihres Anteils, der gesamte technische Teil wäre zu Lasten der AEG. gegangen.

Die Frage wird sich, wie schon oben ausgeführt, immer wieder so stellen: Was wäre besser gewesen: Billiger Strom für den Konsumanten und Aufschub der Stadt, zum mindesten ein Ueberfluß oder etwas teurer Strom für den Konsumanten, dafür aber eine feste oder zu fixierende Prozentual-Einnahme für die Stadtkasse.

Bald werden es 2 Jahre sein, daß in der „Reichszone“ über die Bahn nach Mügeln das Feldgeschrei erdröhete: Hier AEG., hier Bergmann. Heute hört man überhaupt nichts mehr davon. liegt das an Verhandlungen mit der obersten Eisenbahnbehörde wegen Unterführung in der Weissenfeller Straße? Man weiß es nicht. Obwohl Fernbahn nach Mügeln und Elektrizitätswerk Merseburg nichts mit einander zu tun haben, wäre es vielleicht geratener gewesen, bei Abschluß mit der AEG. beide Dinge bis zu einem gewissen Grade mit einander zu verquiden. Die Bahnführung nach der Kaserne scheint so bald noch nicht kommen zu wollen.

Luffschiffahrt.

Friedrichshafen, 8. Jan. Durch die Presse geht jetzt die Nachricht, daß von der Militärverwaltung unter neue Zeppelin-Luffschiffe bestellt und daß von jetzt ab in jedem Monat ein zu lieferndes Luffschiff fertiggestellt wird. Es ist übertrieben. Die Friedrichshafener Luffschiffhalle ist eine Doppelhalle und es können in ihr gleichzeitig nur zwei Luffschiffe gebaut werden. Innerhalb erfordert aber ein Luffschiff die Benutzung von einem Viereckshaus. Wenn das Reich einmal eine große Anzahl von Luffschiffen bestellen sollte, dann können höchstens acht jährlich gebaut werden. Mitte dieses Monats wird der „E. 3. 15“ fertiggestellt sein. Es ist ein Militär-Luffschiff und bekommt nach seiner Abnahme seitens der Militärverwaltung den Namen „E. 4“. Gegen den 20. Januar wird es nach Baden-Don in die dortige Halle überführt werden, von wo aus die Militärfahrten erfolgen werden. Das Luffschiff Nr. 16 ist im Bau soweit vorgekommen, daß es im Frühjahr seine Werftstättenarbeiten unternehmen kann. Dieses Schiff ist ein Marine-Luffschiff und wird wahrscheinlich nach Hamburg überführt werden.

Gerichtszettel.

Halle, 7. Jan. In dem bei Weimar gelegenen Jagdrevier des Amtmanns Lehmann wird sehr viel gewildet. Auch am frühen Morgen des 13. September v. J. wurden in dem Revier geborenen Plantage geuer Schiffe geuer. Die fortgesetzt angedauerten Jagden hatten ein bestimmtes Ergebnis. Erstens aber harten Verbot auf zwei Söhne des Gutsbesitzers Döbel in Weimar, den 13jährigen Landwirt Otto D. und den 19jährigen Maschinenmeister Walter. Beide kamen zu sehr früher Zeit aus einem Jagd, das ihrem Vater gehört und mit in dem Weimarer Jagdrevier liegt. Der Förster aus Weimar machte im Laufe des Tages dieses Jagd ab und fand darin, unter Beiseit der Jagd, zwei Rehtigen, die offenbar schon vor längerer Zeit geschossen waren, und dann auch noch einen frischegeschossenen Rehtsch. In der Nacht legte sich der Förster in dem Jagd ab. Er sah endlich zwei Männer herantommen und mit Streichhölzern nach etwas schauen. In der Nähe des Versteckes der Rehtigen rief der ein plöthlich: „Da liegen sie ja!“ Der Förster sprang jetzt empor, die beiden ergriffen aber schleunigst die Flucht und entkamen. Doch will er in dem einen mit aller Bestimmtheit Otto D. erkannt haben. Eine Hausungung in der Wohnung der Brüder förderte Jagdgebühren und anderes Verdächtige zutage. Beide bestritten lebhaft, gewidert zu haben. Das Schöffengericht schöffengerichtliche ist jedoch für hinreichend überführt und verurteilte sie zu den empfindlichen Strafen von je vier Monaten Gefängnis. Die Höhe des Strafmaßes wurde damit begründet, daß die beiden in guten Verhältnissen lebten und daher doppelt tadelnswert handelten, wenn sie wilder: offenbar hätten sie das aber schon früher getan. Auch wegen der schöffengerichtlichen von Wildtieren in Weimar Revier ist ein abschließendes Urteil recht nötig. Gegen das Schöffengerichtsurteil legen beide Brüder Berufung ein und verfahren auch vor der Strafkammer, unzufriedig zu sein. Auf Grund der umfangreichen Beweisaufnahme, zu der 11 Zeugen geladen waren, hielt sie jedoch das Berufungsurteil ebenfalls für voll überführt. Ammen hatte ihre Berufung den Erfolg, daß mit Rücksicht auf ihr Jugend die Gefängnisstrafen in Geldstrafen von je 300 M. umgewandelt wurden.

Leipzig, 8. Jan. Am 16. Januar beginnt vor dem Reichsgericht der Spionageprozeß gegen den Kaufmann Willi Wöhrer, der sich in Straßburg in Haft befindet. Wöhrer ist des Verrates militärischer Geheimnisse angeklagt.

Deßau, 8. Jan. In der Sitzung der Strafkammer wurde der Landtagsabgeordnete Louis Weisner aus Ostjag wegen Verleitung zum Meineide zu einem Jahre Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Weisner führte einen Zivilprozeß gegen seinen Nachbarnhofler Weigt, wegen einer Schadenersatzforderung von 450 M. Die Forderung war unerschützt. Am zwei an eine dritte Person gerichteten Briefen suchte Weisner diese, zu bestimmen, zu seinen Gunsten eine falsche Aussage zu machen. Der Betreffende wurde aber im letzten Augenblicke davonent und zeigte dem Gericht den Sachverhalt an.

Verurteilungen.

Köln, 7. Jan. Auf dem Bahngleis bei dem Fort 11 wurde eine Fraueneule aufgefunden. Der Kopf war vom Rumpfe getrennt. Zunächst nahm man an, daß die Person vom Zuge überfahren worden sei. Nachforschungen ergaben jedoch, daß es sich um ein Kind handelte. Man fand einen Stegenhalm und zwei zerfetzte Haarpöpfe, die Erde war aufgewühlt und mit Blut durchtränkt, woraus zu schließen ist, daß zwischen dem Mörder und seinem Opfer ein heftiger Kampf stattgefunden hat. Ein Polizeibeamtendurch verfolgte die Spur bis zu dem Barocke Köhnenhaus in die Steinstraße hinein. Die Personellen der Ermordeten konnten nicht festgestellt werden.

Fünf Personen ermordet.

Bahnhof (Markt), 9. Jan. Auf dem märkischen Gutshofe Ringenwalde sind 5 Personen ermordet worden. Die behördlichen Ermittlungen haben ein Ergebnis gezeigt. Gegen Mittag gelang es, die hart verbliebenen Leichen der beiden Ermordeten, die an der Nacht auf einem Fuhrwerk vom Oberbruch kommend, nach dem Ringenwalder Gut transportiert worden waren, zu rekonstruieren. Es handelt sich um den 51 Jahre alten Steuerheuer und Sparfassenrentanten Georg Kalff und dessen 16-jährige Tochter Marie. Auf den telegraphischen Alarm eilte der Amtsrichter von Dömitz nach dem Kalffschen Hofe, um der Familie in schonender Weise Bescheid zu geben an ihren Angehörigen, verbliebenen Verbrechen zu machen. Auf wiederholtes Klopfen wurde dem Amtsvorsteher nicht geöffnet, so daß er sich schließlich gewaltsam Einlass in die Wohnung verschaffen mußte. Er fand aber niemand an; das Anwesen war wie ausgestorben und weder eines der Familienangehörigen noch einer der Bediensteten konnte ermittelt werden. Der Landrat stellte mit weiterer Ermittlungen nach dem Verbleib der Familienmitglieder an, die furchtbare Enthaltungen brachten. Die Kalffsche Familie bestand aus dem ermordeten Familienoberhaupt, seiner ebenfalls ermordet aufgefundenen Tochter, der Ehefrau und einer 5 Jahre alten Tochter. Bei der Familie waren ein etwa 30 Jahre alter Diensthof aus Polen, dessen Name noch nicht ermittelt ist, und ein etwa 20 Jahre altes Dienstmädchen beschäftigt. Sogar Frau Kalff als auch ihre kleinere Tochter und das Dienstmädchen, ebenso der Diensthof, sind spurlos verschwunden. Es besteht die Vermutung, daß auch diese Personen, bis auf den Diensthof, der als Leiter in Frage kommt, ermordet und die Leichen beiseite geschafft wurden. Wie man feststellen konnte, wollte Kalff mit seinen familiären Familienangehörigen am vorigen Sonntag von Dömitz nach einer benachbarten Ortschaft fahren, wo von Verwandten vor den Tag darauf eine Hochzeit vorbereitet wurde. Der Knecht und das Mädchen waren für die Beaufsichtigung des Hauses ausersehen. Der Knecht sollte die Familie nach der Bahn fahren und am Dienstag dieser Woche von dort wieder abholen. Es scheint nun, daß der Knecht, der sich wieder geholt hat, die Familie ermordet und beraubt hat. Um die Spuren der fünffachen Mordtat zu verfolgen, hat er die Leichen seiner Opfer nach und nach beiseite. Bei der Beiseiteschaffung der beiden letzten Opfer, seines Diensthofen und dessen erwachsenen Tochter, wurde er beobachtet. Am frühen Dienstag wurde er gefaßt, mo dem Kalff und dessen Familie mit Er ermordet, daß sie sich nach auf der Hochzeitster befinden müßten, denn er habe vergebens mehrere Male mit dem Fuhrwerk auf dem Bahnhof gewartet, um die Familie abzuholen. Tatsächlich hat er mehrere Führer ausgeführt. Man nennt an, daß er nur zum Schein nach dem Bahnhof fuhr, und dann die Leichen, die er im Wagen verborgen hatte, fortgeschickte.

Automobil-Chronik.

Dehringen, 8. Jan. Ein Automobil der Lieberlandgenrale hohenobergehungen geriet in der vergangenen Nacht auf unangefahrene Weite vom Wege ab und überstieß sich in voller Fahrt auf dem Wagenschlepper stark bremste. Ein Angenieur wurde getötet, ein anderer sowie ein dritter Anfaße wurden verletzt.

Keines Feuilleton.

Aufdeckung einer Mordtat in Kiel. Der Schachmeister der Firma Hermann Bachstein in Kiel fand gestern bei der Lebensdauer Hofdarbeiter unter einem frühen Erdhügel die Leiche des 17jährigen Kanalarbeiters Paul Kornitzki aus Westpreußen. Die Schädelkugel war mit einem stumpfen Instrument zertrümmert. Mit Hilfe eines Polizeibundes wurde eine Spur in der Lebensdauer Kanalbarade gefunden. Der Hund verbliebte dort einen Arbeiter. Er bestritt zwar, der Täter zu sein, verwickelte sich aber in Widersprüche. Der Mord ist schon Sonnabend morgens gegen 6 Uhr begangen worden. Um diese Zeit sind nämlich Hilferufe gehört worden. 80 M. die Erlipranzipie des Ermordeten, sind bei der Leiche nicht gefunden worden.

Schiffale einer deutschen Expedition. Ueber die Schiffale einer wissenschaftlichen deutschen Spitzbergen-Expedition berichtet ein Telegramm aus Christiania, daß am 2. Januar bei der Telegraphenstation Spitzbergen zwei Männer aus der Adventbay eingetroffen seien mit der Nachricht, daß am 27. Dezember ein Teilnehmer der deutschen Spitzbergen-Expedition namens Rittscher in der Adventbay angelangt sei und erzählt habe, daß die Expedition, die sich an der Nordküste Spitzbergens aufhält, nur noch für einen Monat Proviant habe. Einzelne Teilnehmer seien an Ertorbt erkrankt; er selber habe einer Abteilung angehört, die von der Wüde-Bucht nach der Adventbay zu gelangen suchte, um Hilfe herbeizuholen. Seine Begleiter, den Arzt der Expedition und zwei Norweger habe er in der Wüde-Bucht zurücklassen müssen, da sie erschöpft wären; jetzt seien sie wahrscheinlich ohne Nahrungsmittel. Er selber habe am Weihnachtsabend Cap Thorsden erreicht, dort sein letztes Stück Tagelicht verzehrt und dann den Marsch über den fjord fortgesetzt. Zweimal sei er eingebrochen, aber von seinem Hund gerettet worden. Aus Mangel an Kräften mußte er seine Schneeschuhe und seinen Revolver schließlich zurücklassen. In der Adventbay mußte man ihm, so erzählte er, die Leiber vom Leibe schneiden, so sehr hatten seine Beine vom Frost gelitten. Sechs anderer Mitglieder der Expedition waren in nördlicher Richtung weitergegangen, um die zweite deutsche Expedition aufzusuchen. Von der Adventbay geht nun eine Hilsexpedition nach der Wüde-Bucht ab, für die die Funkenstation alle möglichen Rettungsmittel bereitgestellt hat. Der Schiffsführer der Hauptexpedition, die erst im nächsten Jahre nach dem Norden aufbrechen soll, ist Kapitän Waldemar Berg. Er erklärte, er könne sich kein Bild von den Ursachen des Unglücks machen. Die Vorpedition habe Proviant auf fast ein Jahr mitgenommen und nur tadellose Ausrüstungsgegenstände. Außerdem seien ihnen erprobte nördliche Männer zur Seite gewesen. Die Hauptexpedition werde ihre Ausrüstung im Sommer 1914 antreten. — Die Expedition verließ am 3. August 1912 Berlin. Das angekaufte Schiff „Sterin“ wurde mit Genehmigung des regierenden Herzogs zu Sachsen-Altenburg in Anwesenheit des deutschen und des österreichischen Konsuls, des Generaldirektors Ballin und der Teilnehmer sowie des Leiters der Deutsch-Österreichischen Expedition, Leutnant Schröder-Stronz in Tromsø „Herzog Ernst“ getauft. Ende August begegnete der hohag-Dampfer „Victoria-Luise“ dem Expeditionschiff. Er verlor es mit frischem Trinkwasser. In sachmännischen Kreisen geht man erste Beforgnisse um die Expedition und das Schicksal ihrer Teilnehmer.

Der Mann mit dem Lebermagen. Ach, nur kein Wasser nicht, mein schwacher Magen kanns nicht vertragen. Herr Mac Norton, die neueste Magennummer des Zirkus Busch in Berlin, ist anderer Meinung. Er trinkt, so berichtet die Täglich Rundschau, das Wasser kammeweise. Aber nicht aus Abstinenzgründen. Im Gegenteil, er trinkt dazu in 6 Minuten 50 Glas Bier und verpeißt als Nachschub Duzende von Fröschchen und ausgemachene Goldfische. Aber nur, um ihnen auf dem nämlichen Wege, auf dem sie kamen, wieder zur Freiheit zu verhelfen. Es gilt auch hier das Gesetz der Teilung und der Gespenster: wo sie hineinkommen, da müssen sie heraus. Und so paddeln sie, dem düsteren Aquarium entronnen, vernümt, als ob nichts gewesen wäre, wieder in ihr Glasbassin. In der Tat, es ist nichts Alltägliches, in seinem Magen gleichzeitig ein Bierfaß, ein Aquarium, einen Fröschpflüß und einen Goldfischzeit einzurichten und sonnenhaft sich all dieser Herrlichkeiten wieder zu entäußern. Und so zu entäußern, daß diese an sich doch etwas heilte Angelegenheit nicht im mindesten peinlich, sondern geradezu — großartig wirkt. Gewiß, die 50 Glas Bier, die vertilgt werden, sind keine Nierenkatabassen, und ein Nierenfaß dürfte nicht wagen, damit einen Ganzen vorzunehmen. Immerhin würde doch der trinfesteste Fußschmager einigermaßen Mühe haben, sie auch nur in annähernd so kurzer Zeit zu erledigen. Und bei dem Wasser und seinen Bewohnern würde er dann vollends freieren. Der Befiz eines solchen Lebermagens und eines berartig spielend arbeitenden Schlund-, Druck- und Köfrenwerkes ist ja an sich kein unaussprechliches Verdienst um die Menschheit. Aber die gemaltige Technik, zu der es sein „Anhaber“ in der Ausnutzung dieser Operationsbasis gebracht hat, der lebenswürdige Humor, mit dem alles das erledigt wird, rechtfertigen es, daß diese Vorrichtungen nicht auf das Panoptikum beschränkt bleiben. Mac Norton hat Wassertrahnen in jeder Stärke zur Verfügung. Einen ganz dünnen, will er sich eine Zigarette ausmachen, einen starken, will er sich die Hände waschen, und jetzt läßt er plötzlich wilde Kasabden sprudeln. Das elektrische Licht spielt auf den Winkelfleischen der plätschernden Goldfische. Verschlungen schon hatte sie der große Mund.

Die Residenzpflicht der Beamten.

Der „Berl. Lok.-Anz.“ bringt nachstehenden Artikel: Ueber die Residenzpflicht der Beamten, d. h. ihre Verpflichtung an dem Ort ihrer Amtsstätigkeit ihren Wohnsitz zu nehmen, brachten wir am 3. d. M. eine Zuschrift. Darin wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Stadt Berlin mit dienstlichen Interessen ihr Vorgehen nicht begründen könne, daß vielmehr lediglich fiskalische Gründe ausschlaggebend seien, wenn die Beamten als Mieter, Verbraucher und Steuerzahler in der eigenen Stadt haben. Dazu geht uns jetzt von einer der städtischen Verwaltung in Berlin nachstehenden Seite eine Neußerung zu, die mir bei dem Interesse, das die Angelegenheit in der Öffentlichkeit gefunden hat, im Nachstehenden zur allgemeinen Kenntnis in dem fraglichen Artikel beizubringen die Vorschriften von dem einseitigen Standpunkt der städtischen Angestellten. Danach erscheint das Verlangen der Verwaltung allerdings vorwiegend fiskalisch. Man muß die Frage aber auch unter den für die Verwaltung maßgebenden Gesichtspunkten betrachten. Es dürften erst in letzter Linie steuerpolitische Gründe sein, welche die Gemeindeverwaltung zu ihrem Vorgehen veranlassen; denn allein der wirtschaftliche Nutzen des Innenwohnens wird zum mindesten wieder aufgehoben durch die Gegenleistungen, die der Gemeinde durch erhöhte Schulffschaften obliegen. Es sind vielmehr Gründe ideeller Natur, Gründe der Billigkeit und der Selbsterhaltung, die die Gemeinde zu ihrem Vorgehen zwingen. Daß der Beamte oder Angestellte einer Gemeinde-Verwaltung in deren Bezirk wohnt, ist das durchaus Natürliche. Das oft an sich schon nicht starke Gefühl der Zugehörigkeit zu unserem Berliner Gemeinwesen würde bei einer anderen Stellungnahme der Stadt mehr und mehr verloren gehen. Die Gemeinden verdanken nicht in letzter Linie dem Interesse ihrer Einwohner ihre stolze Entwicklung; der Beamte soll mit Träger des Gemeinfinns sein. Betradtet er aber die Verwaltung lediglich als Arbeitgeber und hört sein Interesse an dem Gedeihen der Gemeinde, in deren Diensten er steht, mit der Vermeidung der Dienststunden auf, so ist das nicht nur unerwünscht, sondern durchaus zu beklagen. Die Gefahr, daß ein solcher Zustand eintritt, liegt aber vor, wenn den Beamten gestattet wird, ihren Wohnsitz außerhalb Berlins zu wählen. Gerade das Gefühl der Zugehörigkeit stellt einen so hohen idealen Wert dar, daß die Gemeinde darauf nicht verzichten darf. Eine Verwaltung, die ihrer Beamtenpflicht Wohnfreiheit gewährt, bringt die Beamten geradezu in ein schiefes Verhältnis zu der übrigen städtischen Bevölkerung. Sie kann ihren Beamten, die für das Wohl ihrer Bevölkerung zu arbeiten haben, unmöglich das Auswärtswohnen aus gesundheitlichen oder anderen Gründen gestatten, während sie für alle anderen Einwohner die Wohnverhältnisse in Berlin für gut genug hält. Im übrigen wird jeder bei sachlicher Prüfung auch zugeben, daß die gesundheitlichen wie die Wohnverhältnisse in Berlin im allgemeinen durchaus nicht unangünstig sind als in den Vororten. Erfordern ganz besondere Verhältnisse ein Wohnen (Fortsetzung auf der 4. Seite.)

Allgemeine Körperschwäche

ist in unserem nervösen Zeitalter leider ein weitverbreitetes Uebel. Wer regelmäßig morgens und abends Kasselor Hater-Kakao (Nur echt in blauen Kartons für 1 M., niemals lose) trinkt, kommt bald

Wieder zu Kräften.

